

Gerd Meyer, Ulrich Dovermann,
Siegfried Frech, Günther Gugel (Hrsg.)

Zivilcourage lernen

Analysen – Modelle – Arbeitshilfen

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004
ISBN 3-89331-537-3
www.bpb.de

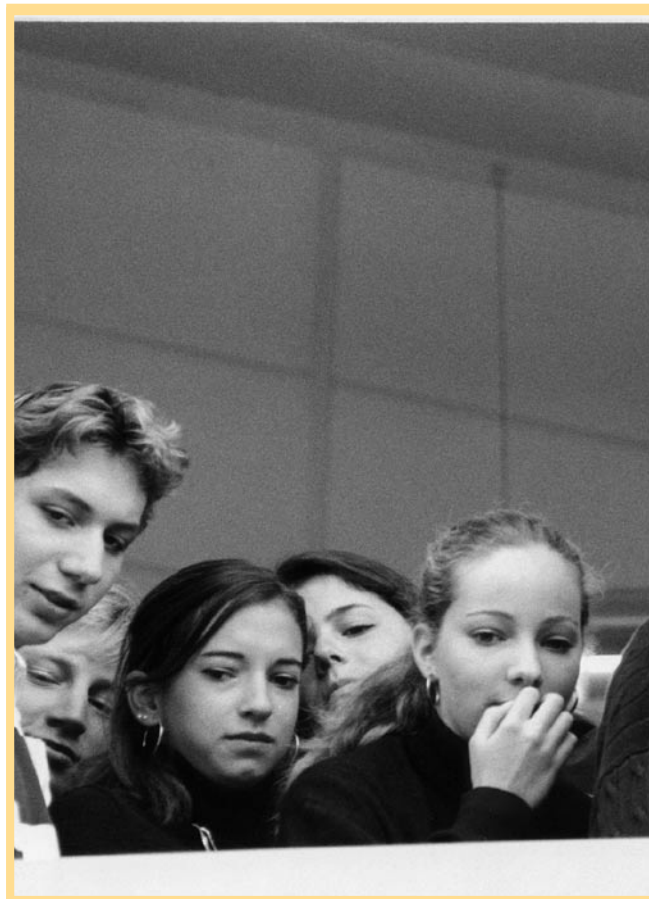
Buchhandelsausgabe:
Institut für Friedenspädagogik Tübingen e. V.
Tübingen 2004
ISBN 3-932444-13-2
www.friedenspaedagogik.de

Wir verstehen Zivilcourage als „sozialen Mut“ in sehr unterschiedlichen Kontexten. Wir haben uns bewusst nicht beschränkt auf jene oft gewalthaltigen Situationen im öffentlichen Raum, in denen man meist spontan und mit körperlichem Risiko für sich selbst eingreifen sollte. Wichtiger noch scheint uns das alltägliche Handeln am Arbeitsplatz, in Bildung und Erziehung, in Verwaltung und öffentlichen Diskussionen: Wie kann man sozial mutige Interventionen im Alltag fördern? Wie gehen wir als Einzelne mit Macht und Hierarchien um? Wie bewältigen wir Konflikte, gerade auch dann, wenn wir unterlegen oder in der Minderheit sind, wenn wir abweichen wollen von dem, was „man“ denkt und tut? Wie können wir Zivilcourage als demokratische Tugend in der politischen Kultur unserer Gesellschaft verankern?

Der **zweite Teil** des Bandes vermittelt Erkenntnisse und Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis, welche **Bedingungen und Chancen es für die Förderung von Zivilcourage** in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern gibt, macht dazu Handlungsvorschläge und stellt exemplarische Praxismodelle vor, wie man sozialen Mut stärken kann, insbesondere:

- ▶ am Arbeitsplatz (Deiseroth);
- ▶ durch pädagogisch-praktisches Handeln in Schule und Erwachsenenbildung (Singer, Frech, Kleff/Seidel, Krahulec);
- ▶ in der Gemeinde (Siebert, Andreoli/Lüthi);
- ▶ durch die (staatlich unterstützte) Aktivierung der Bürgergesellschaft (Dovermann, Roos).

Wir verstehen Zivilcourage als einen Typus öffentlichen demokratischen Handelns, das durch soziales Lernen und politische Bildung, durch verantwortliches Handeln und praktische Erfahrung gefördert werden kann. Zu Beginn von Teil I dieses Bandes wurde gezeigt, was unter Zivilcourage als sozialer Mut in der Zivilgesellschaft, als Bürgermut in der Demokratie zu verstehen ist. Wir haben gesehen, was zivilcouragiertes Handeln in Beruf, Ausbildung und Freizeit, im privaten wie im öffentlichen Raum fördert oder hindert. Die in Teil I analysierten Beweggründe und Bestimmungsfaktoren für zivilcouragiertes Verhalten verweisen auf wichtige Felder und Ansatzpunkte der Förderung.



FELDER UND FORMEN DER FÖRDERUNG

Hier sollen summarisch drei Hauptformen der Förderung unterschieden werden:

- ▶ Kompetenzen vermitteln durch pädagogisches Handeln;
- ▶ Strukturen verändern in einer „Kultur der Anerkennung“;
- ▶ Eigenverantwortung und Selbstorganisation der Bürger stärken.

Wenn unsere Gesellschaft gerade auch in den Schlüsselbereichen Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Politik Zivilcourage wirklich fördern will, so könnte dies zunächst dadurch geschehen, dass der mutige Einsatz für andere, das Eintreten für Gerechtigkeit, dass die couragierte Vertretung legitimer allgemeiner Interessen positiver als bisher bewertet und anerkannt wird. Erst langsam entwickelt sich in Deutschland eine „**Kultur der Anerkennung**“ für positives (pro-)soziales Handeln. So käme es vor allem darauf an, schon in Elternhaus und Schule, aber genauso später am Arbeitsplatz, im Umgang mit Behörden und Vorgesetzten, in öffentlichen Konflikten ein Klima zu schaffen, das Zivilcourage

Einleitung zu Teil II: Zivilcourage fördern



„von oben“ wie „von unten“ nachhaltig fördert, auch wenn dies oft unbequem ist.

Nicht weniger wichtig ist die **Veränderung von Strukturen und Verhaltensweisen, die Machtlosigkeit und Angst erzeugen**. Wichtig ist es, das konkrete Verhalten von „Chefs“ im Sinne eines kooperativen Führungsstils zu verändern und eine Streitkultur zu schaffen, die Nonkonformität und Zivilcourage nicht diskriminiert oder gar bestraft.

Hier können auch institutionalisierte Formen freier Aussprache, offene Sprechstunden, Ombudsleute oder in der Schule der regelmäßige Klassenrat oder ähnliche Formen helfen. Allerdings darf derjenige keine Nachteile erleiden, der mutig „den Mund aufmacht“ und sich gegen Ungerechtigkeit wehrt. Für die Bürger/-innen bedeutet dies, aus Privatheit und Vereinzelung herauszutreten, und sich auch dann für andere einzusetzen, wenn man selbst keinen unmittelbaren Vorteil daraus zieht. Selbstverständlich sind dabei Risiken abzuschätzen, besonders wenn Gewalt im Spiel ist. Bereitschaft zur Verantwortung für andere ist hier das Schlüsselwort für ein Engage-

ment, in dem nicht das Streben nach dem eigenen Vorteil dominiert.

Die empirischen Studien zur Zivilcourage zeigen, dass **Erziehung, vorgelebte Praxis und positive Erfahrungen** bereits im Elternhaus wesentlich dazu beitragen, dass sich jemand mit Zivilcourage gegen Ungerechtigkeit wehrt oder für andere einsetzt. Vor allem aber müssen in Bildungsinstitutionen, allen voran in der Schule, Formen sozial-reflexiven Lernens etabliert werden, die sozial verantwortliches, also auch zivilcouragiertes Handeln fördern. Soziales Lernen in den Schulen wird trotz vielfacher Bezeugungen vor allem in den kopf- und wissenslastigen Gymnasien noch immer vernachlässigt. Hier geht es um die Reflexion über soziale, politische und innerpersönliche Mechanismen in Interaktionen, Beispielsituationen und ihnen zugrunde liegenden Strukturen. Pädagogisch ist vor allem die Nutzung der Gruppe (Klasse) als soziales Lernfeld sinnvoll. Prozesse und Strukturen in Gruppen zu verstehen, erlaubt einen bewussteren Umgang mit sich selbst und anderen, wenn man sich mutig für eine Sache oder für andere einsetzen will, obwohl man damit zum Beispiel gegen Gruppennormen verstößt.

Pädagogisch ebenso wichtig ist die Verbesserung sozialer **Handlungskompetenzen**, wie sie als personale Einflussfaktoren etwa in den Beiträgen von Bierhoff, Scheele und Hermann/Meyer, auch systematisch eingebunden in Handlungsmodelle in Teil I aufgezeigt wurden. Will man für andere (z. B. für Benachteiligte, für Außenseiter oder „Fremde“) eintreten, so setzt dies häufig voraus, dass man sich in ihre Lage versetzen kann und dass man gelernt hat, in Konflikten die Dinge aus verschiedenen Perspektiven heraus zu betrachten. Persönlichkeitsbildung bedeutet zunächst, sich selbst im Blick auf seine Stärken und Schwächen, auf Ängste und Projektionen bewusster wahrzunehmen. Allerdings lassen sich manche dieser persönlichen Fähigkeiten nicht in kurzer Zeit erwerben und Defizite, die schon seit langem bestehen, sind nicht einfach durch Lernen oder gezielte Interventionen auszugleichen.

Insgesamt kommt es darauf an, unmittelbar **persönlich und emotional erfahrbar** zu machen, was es heißt (und wie befriedigend es sein kann), sozialen Mut zu zeigen. So kann man durch Probehandeln in

Rollen- und Planspielen neue praktische Erfahrungen sammeln, also nicht nur kognitiv dazulernen. Die ersten Erfolge von Seminaren und Übungsprogrammen zeigen: Zivilcourage kann man ein gutes Stück lernen, sozialen Mut kann man in dem Sinne einüben, dass man seine Einstellungen verändert und sein Handlungsrepertoire erweitert, so dass man – wie nach einem Erste-Hilfe-Kurs – bestimmten Situationen nicht mehr unreflektiert und hilflos gegenübersteht. Allerdings zeigen Lebenserfahrung und einzelne Studien, dass der aufrechte Gang, dass Zivilcourage und der mutige Einsatz für andere und sich selbst, wenn sie nicht auf einen einmaligen Akt beschränkt bleiben sollen, nur in Grenzen erlernbar sind. Der Mut so zu handeln beruht letztlich auf einer eher intuitiven Gewissheit, das Richtige zu tun, dass es seinen Sinn hat so zu handeln, auch und gerade wenn man womöglich keinen Erfolg hat oder Nachteile erleidet.

Sozialer Mut kann von Erziehungs- und Bildungsinstitutionen, in Betrieben und Verwaltungen, in der Hochschule wie in der Politik **strukturell** wesentlich gefördert werden, indem Machtverhältnisse, Kompetenzen und Verfahrensweisen transparent gemacht werden. Größtmögliche **Transparenz**, etwa von Bewertungsmaßstäben, ermöglicht es Schülern wie Mitarbeitern, Risiken besser einzuschätzen. So gäbe es weniger angstbesetzte Spekulationen, wenn sie sich überlegen, ob sie den Mut aufbringen, für sich und andere offen einzutreten oder Kritik an Oberen zu üben. Dies setzt auch die Bereitschaft voraus, „Nachgeordnete“ stärker mitwirken und mitbestimmen zu lassen, also Beratung und Partizipation zu fördern (und dies nicht nur dem Scheine nach). Woran es in vielen Institutionen immer noch fehlt, ist das Know-how und die Bereitschaft zur Delegation von Verantwortung, zur **Akzeptanz auch unbequemer Eigenständigkeit, zum konstruktiven Konfliktaustrag, kurzum ein Klima, das couragiertes Handeln fördert**. Dies ist dann aber nicht nur Sache von Vorgesetzten oder Lehrenden, sondern ebenso der Mitarbeitenden, der „Nachgeordneten“ selbst, die dies in gleicher Weise anstreben (müssten), damit solche Verhaltensweisen kooperativ eingeübt werden können.

Überall dort, wo Gewalt und offene Fremdenfeindlichkeit im Spiele sind, gibt es inzwischen vielfältige Programme zur Gewaltprävention, zur Media-

tion und für die anti-rassistische Arbeit, die Toleranz und friedlichen Konfliktaustrag anstreben. Einige Ministerien, die Zentralen für politische Bildung auf Bundes- und Landesebene, etliche Schulen und einige Betriebe leisten hier bereits hervorragende Arbeit. Hier ist es der **aktivierende Staat**, der **bürgerschaftliches Engagement** „gegen Rechts“, vor allem aber das Eintreten für „Toleranz und Zivilcourage“ fördert. Hier geht es, wie etwa der Beitrag von Dovermann zeigt, um die Aktivierung der Zivilgesellschaft, nicht nur als Ergänzung staatlichen Handelns, sondern als eigenverantwortliches Handeln der Bürger in vielen Feldern und Dimensionen des Zusammenlebens. Hier wäre staatliche politische Intervention „von oben“ weder wünschenswert noch effektiv, weil es sich um genuin gesellschaftliche Aufgaben und Auseinandersetzungen handelt.

Dabei spielen der lokale Raum, **die Gemeinde und die Region** eine zentrale Rolle. Zwei Beiträge zeigen die besonderen Handlungsbedingungen politischer Bildung, die Schwierigkeiten, aber auch die Chancen zivilgesellschaftlicher Aktivierung in den **ostdeutschen Bundesländern** auf (Roos, Siebert). Zwei Praxismodelle im Bereich der Gemeinwesenarbeit aus Potsdam und der Schweiz wurden ausgewählt, die auch für andere Regionen von Interesse sein könnten und übertragbar erscheinen (Siebert, Andreoli/Lüthi). Darüber hinaus informiert das Kurzporträt des „Netzwerks Sachsen“ (Teil IV) über eine in vieler Hinsicht vorbildliche Initiative, wie man mutig und mit Erfolg gegen Gewalt und Rechtsextremismus durch die Mobilisierung vor allem auch der Verantwortlichen in der Gemeinde flächendeckend vorgehen kann.

Fassen wir zusammen: Wir könnten den mutigen Einsatz für andere fördern, indem wir durch Erziehung und Erfahrung dazu motivieren, indem wir Handlungsqualifikationen vermitteln und günstige Bedingungen dafür schaffen. Gefragt sind demokratische Alltagspraxis und soziale Anerkennung, im Bildungsbereich handlungs- und situationsorientiertes Lernen, die Umsetzung von staatlichen Förderprogrammen in nachhaltig verankertes Verhalten. Alle diese Bemühungen gehören zusammen und sollen dazu beitragen, Handlungsspielräume zu erweitern und angemessene, optimierte Handlungsstrategien einzuüben – nicht nur für Jugendliche,

sondern auch für Erwachsene. (Zum Folgenden vgl. Meyer/Hermann 1999b; ausführlich Meyer 2003, Kap. VI). Entscheidend ist, ob jeder Einzelne, wie auch immer betroffen oder verantwortlich, diesen öffentlichen Mut an möglichst vielen sozialen Orten tatsächlich will und praktisch erfahrbar macht. In diesem Sinne gilt: Mut macht Mut. Zivilcourage in Alltagskonflikten ist ein wichtiges Element einer demokratischen politischen Kultur, Gefahrensignal und Hoffnungszeichen zugleich.

DIE BEITRÄGE IM ÜBERBLICK

Dieter Deiseroth

untersucht Bedingungen und Chancen von **Zivilcourage am Arbeitsplatz vor allem in der Form des „Whistleblowing“**, am ehesten zu übersetzen mit: „laut Alarm schlagen“. Es bedarf der Zivilcourage, wenn in einem Betrieb, in einer Behörde, in einer großen Organisation ethisch nicht-akzeptable und/oder rechtlich unzulässige Vorgänge zu beobachten sind, und eine Person, meist nach Ausschöpfen aller sonstigen Möglichkeiten, die einzige Chance für Abhilfe darin sieht, an die Öffentlichkeit zu gehen. Der Beitrag analysiert anhand zahlreicher Beispiele typische Konfliktlagen und die (in Deutschland weithin ungeklärte) Rechtslage sowie das Pro und Contra von „Whistleblowing“. Der Autor entwickelt konkrete Vorschläge für einen besseren rechtlichen Schutz für diese Art von hochriskantem Mut.

Kurt Singer

zeigt als erster von drei Beiträgen auf, wie Jugendliche in der **Schule** – als dem zentralen Handlungs- und Erlebnisfeld neben Familie und Peer-group – **Zivilcourage als demokratische Tugend** lernen können. Doch dem stehen in Deutschland noch immer starke Traditionen autoritärer Unterrichtspraxis und hierarchische Organisationsformen entgegen, die Singer eindringlich darstellt und heftig kritisiert (und dabei die Schulwirklichkeit heute vielleicht doch etwas überzeichnet schildert). Er zeigt dann eine Reihe von Möglichkeiten auf, wie man Schüler/-innen „stark machen kann für die Demokratie“, wie sie (und ihre Lehrer/-innen) lernen können, politisch aktiv zu werden und als Bürger „aufrecht zu gehen“.

Siegfried Frech

berichtet über die Arbeit des „Team Z(ivilcourage)“ der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg. Es handelt sich um ein Praxismodell zur Förderung **friedlichen Konfliktaustrags an Schulen** und wendet sich gegen Gewalt und Intoleranz. Grundlagen dafür werden geschaffen durch die Ausbildung von Multiplikator/-innen, die an den Schulen – mit Unterstützung der Schulleitung und möglichst breit auch der Lehrerschaft – Schüler/-innen qualifizieren, die dann vor allem durch Verfahren der **Mediation** Streit schlichten und couragiertes demokratisches Verhalten an Schulen fördern sollen.

Sanem Kleff und Eberhard Seidel

stellen ein weiteres Praxismodell vor: **„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“**. Diese Basisinitiative zur Förderung von Zivilcourage verfolgt das Ziel, Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus in allen Schularten zu mindern bzw. von vornherein erst gar nicht aufkommen zu lassen. Entscheidend für das Gelingen sind die Eigeninitiative und Selbstverpflichtung aller, die an einer Schule arbeiten, lehren und lernen. Sie verpflichten sich förmlich zu kontinuierlichen Aktivitäten, um mutiges Auftreten gegen Rassismus, Toleranz und friedlichen Konfliktaustrag an ihrer Schule nachhaltig zu fördern.

Alfred Roos

stellt die Förderung von Zivilcourage zunächst in den Kontext der Systemtransformation in Ostdeutschland („eine Kultur der Ungleichwertigkeit“). Er analysiert dann die besonderen Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Roos versteht die Förderung von **Zivilcourage vor Ort** vor allem als Aktivierung der Bürger und als Baustein für die Entwicklung einer sozial verantwortlichen **Bürgergesellschaft in Ostdeutschland**. Dieser Beitrag bildet zugleich die Grundlage für einen spezifischen Ansatz politischer Bildung in Brandenburg, den Rainer Spangenberg in Teil III beschreibt.

Ingo Siebert

stellt (wie auch der folgende Beitrag) ein Praxismodell für die Förderung von Zivilcourage in der **Gemeinde** vor. Er beschreibt zunächst die Ausbreitung einer rechtsextremen Subkultur und völkisch-nationaler Tendenzen in etlichen ostdeutschen Kom-

munen. Siebert stellt dann den „**Lokalen Aktionsplan Potsdam**“ vor, in dessen Rahmen eine Beratungs- und Servicestelle **zivilgesellschaftliche und staatliche Aktivitäten „gegen Rechts“ koordiniert**. Einer Situations- und Ressourcenanalyse folgt die gemeinsame Erarbeitung strategischer Ziele und konkreter Maßnahmen zum einen durch Stadtparlament, Oberbürgermeister und verschiedene Organe der Stadtverwaltung, zum anderen durch Schulen und Medien, durch Bürgerinitiativen, Jugendgruppen, Gewerkschaften und Kirchen.

Giorgio Andreoli und Annette Lüthi

stellen ein in der Region Bern/Schweiz erfolgreich erprobtes, auch für Deutschland interessantes Modell **mit niedrigen Schwellen für die Bürger** zur Förderung von Zivilcourage in der **Gemeinde** vor. Die Einrichtung des „ggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus“ hat zum Ziel, Bürger/-innen, städtische Verwaltung, Polizei und Einrichtungen der Sozialarbeit darin zu bestärken und zu unterstützen, Gewalt und Rassismus durch ein unaufwändiges „Meldesystem“ und entsprechende Interventionen Einhalt zu gebieten. Dazu wurde eine Telefonhotline eingerichtet, es werden Beratungen angeboten, auch Aufklärungs- und Jugendprojekte organisiert. Bürger/-innen wird so die Suche nach Unterstützung erleichtert, „wenn sie etwas tun wollen“, ebenso wird die Kooperation mit und unter „den Zuständigen“ gefördert.

Ulrich Dovermann

gibt einen kursorischen **Überblick über vom Bund geförderte Projekte zu Toleranz und Zivilcourage** (insbesondere Entimon, Civitas und Xenos). Der Beitrag zeigt zunächst Ziele, Umfang und Realisierung von Fördermaßnahmen auf, die geeignet sind im Kontext von Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus couragiertes Handeln von Bürger/-innen zu fördern. Dovermann weist auf die in relativ kurzer Zeit gewonnenen positiven Erfahrungen mit hunderten von Projekten hin, aber auch auf Defizite bzw. Desiderata der Programmpraxis. Er plädiert für eine langfristige angelegte Förderpolitik, die sich nicht nur an den „Konjunkturen“ sichtbarer Gefährdungen demokratischer politischer Kultur orientiert.

Peter Krahulec

schlägt in seinem Beitrag über **Anforderungen und Impulse für pädagogisches Handeln**, die sich aus Forschung, politischer Bildung und gesellschaftlicher Praxis ergeben, die Brücke zum nachfolgenden dritten Teil. Ausgehend von Befunden der historischen und gegenwartsbezogenen Forschung zu helfender Solidarität und sozialer Passivität entwickelt er ein Stufenmodell zivilcouragierten Handelns, das die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln überwinden soll. Krahulec versteht diesen Prozess als politisch-soziales „Bürgerlernen“, das wesentlich gefördert wird durch die friedenspädagogische Vermittlung von Kompetenzen für ein mutiges soziales Engagement gegen Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus.

